

# Büttower Anzeiger.

Der „Büttower Anzeiger“  
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.  
Abonnementspreis  
betragt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu  
diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der Insertionspreis  
betragt pro einspaltige Zeile 10 Pf. Anzeigen werden bis  
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.  
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.  
Einsendungen aufträge an alle  
andwärtigen Blätter werden ohne Preisaufsicht vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Büttow.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Büttow.

Nr. 71.

Freitag, den 2. September

1892.

## Sedan.

Im Buch der Weltgeschichte ein Blatt,  
Ein glorreiches, ist zu finden,  
Drauf deutscher Ruhm sich verewigt hat  
Mit Letzern, die nimmer verschwinden,  
Die deutsche Treue und deutscher Mut  
Gemalt mit dem eignen Herzensblut,  
Da standhaft ohne Erlahmen  
Sie trotzte der furchtbaren Kampfeswut —  
Sedan ist des Blattes Namen!

Sedan — zwei Völker rangen sich matt,  
Kriegsruhm begehrte das eine,  
Der Neid, er spähte nimmer satt  
Hinter zu urdeutschen Rheine,  
Stolz blähte sich der welsche Hahn  
Kampflustig, wie er's so oft gethan,  
Gelüstend nach deutschen Heben —  
All-Deutschland, da bist ihm bei Sedan  
Keinen einzigen schuldig geblieben!

In nerviger Faust den schneidigen Stahl  
Zum Sturm die Klingen gebunden,  
So ging es vorwärts und noch einmal,  
Wer achte da seiner Wunden?  
Der frevelnd den blutigen Krieg begann,  
Hinterm Festungswall, ein gebrochener Mann,  
Kämpft er um den Thron und sein Leben,  
Und die deutsche Phalanx rückt näher heran,  
Nun sterben oder ergeben!

Und als die Sonne zum andern Mal  
Erstrahlte ob der Kampfesstätte,  
Ertönte laut der Siegeschoral  
Mit Jubel und Dank um die Wette:  
Ein Gefang'ner, ohne Land, ohne Thron,  
Der Welsche stand vor Luisens Sohn,  
Um Gnade und Leben zu bitten  
Da zahlte das Schicksal Deutschland den Lohn  
Für die Schmach, die es einst erlitten! —

Jahrzehnte gingen seit jenem Tag,  
Vernarrt sind die alten Wunden,  
Wie nie ein Wunsch erträumt haben mag,  
Hat Deutschland sein Reich gefunden,  
Es blüht das Reich, gefest, gefeilt,  
Zum Trotz des Westens und Ostens Neid  
In kraftvollem Wiedererstarke,  
Ist doch das Volk, das ganze, bereit  
Zum Schutz seiner heimischen Marken!

So sei dieser Tag der Erinnerung gewährt,  
Der Dankbarkeit Opfer zu bringen,  
Für sie, die zum Heldentode bereit,  
Dass das blutige Werk mocht gelingen:  
Die Zukunft, das schreih' auf dein stolzes Panier,  
Es gehört, mein Volk, die Zukunft dir,  
Wenn du fest zusammen willst halten  
In deutscher Treue für und für —  
Das möge der Himmel walten!!

## Zur Heeresfrage.

Nachträglich bringt der „Hann. Cour.“ in  
einer Berliner Korrespondenz eine neue Version  
zu der Ansprache des Kaisers vom 18. August.  
Der eigentliche Grund — so führt die Zeit-  
schrift aus — warum seit dem 18. August das,  
was werden sollte, jeden Tag anders dargestellt  
wurde, sei wesentlich darin zu suchen, daß  
während des in Frage stehenden Zeitraumes in  
den oberen Regionen hauptsächlich mancherlei  
Stilles vorgegangen wäre, wovon selbst ver-  
schiedene preuß. Minister keine Ahnung gehabt  
hätten, was so weniger aber auch in der Lage  
gestanden wären, denen, von denen sie getrag-  
t wurden, so sagen, wie die Sachen ständen.  
Schon aus dem „Golberich“, sagte ein Recht-  
lich „Streuzig“, war seit dem 18. v. ein ungemein  
toger Verkehr der „berufenen Faktoren“ an der  
entscheidenden Stelle“ unsehbar zu beobachten.  
Wen aber die Nordd. Allg. Mtg.“ in der  
Lage war, zu beschäftigen, daß der dem  
im Kriegsministerium angearbeitete Entwurf  
einer Militärvorlage nach übereinstimmender zu-  
stimmender Begutachtung aller hierzu berufenen  
Faktoren die Genehmigung der entscheidenden  
Stelle erhalten habe, so ist damit für den, der  
lesen kann, klar genug angedeutet, daß der  
Überblicksentscheidung etwas vorausgegangen sei,  
was ein wenig anders war. Es sieht auch heute

noch nicht fest, ob die Militärvorlage bereits in  
diesem oder erst im nächsten Jahre an den  
Reichstag gelangt. Damit ist doch, wenn auch  
noch so indirekt, angegeben, daß vom Standpunkte  
der auswärtigen Politik die Einbringung des  
Gesetzes nicht dringlich erscheint. Wenn die Ein-  
bringung gleichwohl in Kürze beschloffen werden  
und demnächst erfolgen sollte, so wird dies ein-  
mal aus militär-technischen, demnächst aber aus  
parteilichem Gründen geschehen. Auch in dieser  
Beziehung gehen die Meinungen in der höheren  
Regionen einseitig nicht ganz wenig ausein-  
ander. Insbesondere aber wünscht Herr Miquel,  
daß ihm das Feld im nächsten Winter in erster  
Linie überlassen bleibe, während andererseits der  
Reichstagsler Graf Caprivi, als der zur Zeit ge-  
weichtigste Faktor auf der Seite derer erscheint,  
die die Militärvorlage jetzt so schnell wie möglich  
an den Reichstag gebracht sehen möchten. Gilt  
es also zunächst noch eine Kräfte zu beschwören,  
bevor von einer Einbringung des Gesetzes im  
Reichstage bestimmt die Rede sein kann, so sind  
damit weitere Kräfte nicht etwa zu gleicher Zeit  
aus der Welt geschafft. Denn darüber darf man  
sich von vornherein nicht täuschen, daß, wenn  
jemals eine Vorlage den parlamentarischen  
Zug des jetzigen neuen Sturzes aufzuweisen  
hatte, dies nach allem, was bis jetzt darüber zu  
wissen möglich ist, von der demnächstigen Militär-  
vorlage wird behauptet werden können. Das  
Bestreben, es womöglich allen zu gleicher Zeit  
recht zu machen, sowohl den Anhängern der  
zweijährigen wie denen der dreijährigen Dienst-  
zeit, gründet sich, worüber niemand im Zweifel  
sein kann und auch in Wirklichkeit nicht ist, im  
vorliegenden Falle selbstverständlich auf den  
Wunsch, nicht sowohl dem eigenen Trieb, als  
vielmehr der Not gehorchend, etwas zur Vorlage  
zu bringen, was in erster Linie für das Zentrum  
annehmbar ist. Doch trifft auch auf diesen  
schwierigen Operationsfeld leicht zu, was auf  
weder kritischen oder auch noch kritischeren sich  
oft genug als richtig herausgestellt hat, daß, wer  
dem Konflikt um jeden Preis aus dem Wege  
zu gehen strebt, erst recht hineingerät.

Wen militärischer Seite wird demselben Blatt  
noch geschrieben:

Was den Inhalt der Vorlage anbelangt, so  
besteht ebenso wenig darüber ein Zweifel, daß  
eine Erhöhung des Rekrutenkontingents gefordert  
werden wird, und zwar unter nomineller Bei-  
behaltung der dreijährigen Dienstzeit für einen  
Teil des Rekrutenkontingents, dabei aber prak-  
tischer Anwendung der zweijährigen Dienstzeit  
zur Entlassung einer bedeutend größeren Anzahl  
von Leuten zur Disposition. Man behält das  
Recht, Leute drei Jahre unter den Fahnen zu  
belassen, die Entlassung nach zwei Jahren bleibt  
eine Vorzugsgabe, die durch einen besonderen  
Grad guter Ausbildung und vorzüglicher Führung  
verdient sein will, sie wird nicht ein Recht, das  
dem schlecht ausgebildeten Mann ebenso gut zu-  
steht, wie dem vorzüglich ausgebildeten, sie bleibt ein  
mächtiger Sporn. Das Recht erlaubt nötigen-  
falls der Regierung, zum bisherigen System  
zurückzukehren, wenn sich aus der stärkeren Ent-  
lassung zur Disposition eine Verabfeuerung der  
Qualität ergeben sollte, die unter jeder Bedingung  
ausgeschlossen bleiben muß, die Maßnahme erlaubt  
schließlich das Ziel erhöhter Einstellungen zu er-  
reichen, allerdings nicht in dem Maße wie die  
zweijährige Dienstzeit für alle Fußtruppen. Das  
wird Waffenmaterial genug für die erhöhte Ein-  
stellung heißen, das beweist ein Blick in den  
offiziellen Bericht an den Bundesrat über die  
Rekrutierung des Jahres 1891, wonach eingestellt  
wurden

165 198 Mann mit der Waffe,
3 600 ohne
13 069 Freiwillige im militär- pflichtigen Alter,
12 914 Freiwillige vor dem militärpflichtigen Alter

Sa. 194 781 Mann.  
Der Ersatzbedarf überwiegen wurden (ein-  
schließlich Marine) 88 194, überzählig blieben  
15 664, dem Bundesrat I überwiegen 109 116.  
Hier ist also ein Ueberschuß für die Mehr-  
stellung. Der Anfang dieser Mehrstellung  
dürfte sich richten einerseits nach der demnächst  
Friedenspräsenzstärke, die wohl höher gefordert

werden dürfte, als die bisherige, andererseits nach  
der Ziffer der Dispositionsurlauber. Auch die  
Rückfrist auf die Kriegszeit anderer Großstaaten  
— zweifellos ein wichtiger Faktor in dem Falle —  
dürfte, wenn die Zahl der zur Operationsarmee  
heranzuziehenden Altersklassen vermindert werden  
soll, dazu zwingen, die jährliche Einstellung zu  
erhöhen. Erst unter Heranziehung der Landwehr  
zweiten Aufgebots erreichen wir eine der fran-  
zösischen aus Heer, Reserve und Territorialarmee  
zusammengesetzten annähernd gleiche Zahl von  
gequillten Leuten.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Der Kaiser kam Dienstag nach Berlin,  
begab sich zum Reichstagsler v. Caprivi und  
hatte mit demselben eine kurze Besprechung.  
Mittags 12 Uhr fand der feierliche Empfang  
des neuernannten italienischen Botschafters Grafen  
Lanza durch den Kaiser statt. Dem Empfang  
wohnte auch der Reichstagsler bei. Um ein  
Uhr kehrte der Kaiser nach dem Marmpalais  
zurück.

\* Die Hottagden in der Romintener  
Heide sind nunmehr auf die zweite Oktoberwoche  
angelegt. Der Kaiser wird am 7. Oktober  
auf seinen dortigen Jagdschloß eintreffen und in  
ihm für die ganze Dauer der Herbstjagden  
Quartier nehmen.

\* Die anberaumte Abreise der jüngsten drei  
Söhne des Kaiserspaars nach Berlin  
ist, wie aus Rassel gemeldet wird, plötzlich tele-  
graphisch abgeändert worden. Sie sollen bis  
auf weiteres in Wilhelmshöhe bleiben.

\* Generalmajor Villaurie, Militärbevoll-  
mächtigter in Petersburg, ist behufs anderer Ver-  
wendung abberufen worden.

\* Die Mitteilung, daß die deutschen Handels-  
kammern zur Neußerung betreffs des deutsch-  
russischen Handelsvertrags von den  
Regierungen angefordert worden seien, sind,  
wichtigstens was Preußen und Sachsen betrifft,  
unrichtig. Die von mehreren Handelskammern  
veranstalteten Umfragen gehen vielmehr eben-  
so, wie die freier wirtschaftlicher Verbände ohne be-  
hördlichen Auftrag. Eine amtliche Befragung  
der Handelskammern soll erst erfolgen, wenn fest-  
steht, daß die russische Regierung zu Zugestän-  
nissen bereit ist, die dies löbend erscheinen lassen.  
Dierüber herrscht bis heute noch keine Gewißheit  
und daher hielt sich wohl die Regierung, durch  
vorzeitige Befragung Hoffnungen zu erwecken.

\* Die Reichsregierung ist mit Erhebungen und  
Prüfung der vorliegenden Anträge beschäftigt, die  
für eine durchgehende gesetzliche Regelung des  
Apothekenwesens eingegangen sind. Es gilt  
als wahrscheinlich, daß das Ergebnis der  
Arbeiten in nicht zu fernem Zeit zu einer ab-  
schließenden Vorlage über das Apothekenwesen in  
Deutschland führen wird.

\* Mit Sicherheit verkauft, sind Vor-  
arbeiten der Schaffung eines Gesetzes zur  
Abwehr anstehender Krankheiten, ent-  
sprechend der bestehenden Verfassung über  
Viehsünden, angeordnet; es ist sehr wahr-  
scheinlich, daß dieser Gesandten den Reichstag schon  
in seiner nächsten Sitzung beschäftigen wird.  
Offenbar ist der Entschluß, einen solchen Ge-  
setzentwurf einzubringen, durch die übeln Erfahrungen  
gezwungen worden, welche man bei der gegenwärtigen  
Cholera-Epidemie in Hamburg gemacht hat.

\* Der Meldungsleger schreibt: Bei der bevor-  
stehenden Choleraepidemie dürfte es zur  
wesentlichen Beruhigung dienen, daß seitens der  
Reichsregierung sowohl wie seitens des  
preuss. Kriegs-Ministeriums die weitgehendsten  
Maßnahmen durchgeföhrt sind. So ist auch Vor-  
sorge dahin getroffen, daß die Zivilbehörden und  
Stammern, soweit es irgend angänglich ist, von  
den Militär-Sanitätsbehörden in personeller und  
materieller Hinsicht bei der Krankenbehandlung  
und bei Maßnahmen zur Vorbeugung der Cholera  
in thatsächlicher Weise unterstützt werden. Außer-  
dem hat der Kriegsminister die General-Stamm-  
bes ermahnt, daß die so wichtigen bakteriolo-  
gischen Untersuchungen, zumal bei den ersten  
vorkommenden Fällen asiatischer Cholera, auf  
Antrag der Zivilbehörden in den demisch-hygiene-  
ischen Laboratorien der königl. Sanitätsämter vor-  
genommen werden, und daß auch diejenigen Sanitäts-  
offiziere, die bakteriologisch ausgebildet sind und  
mit den einschläglichen Untersuchungen vertraut  
sind, an die gefährlichsten Orte zur Ausführung der  
fraglichen Untersuchungen auf Antrag der  
Zivilbehörden entsandt werden können. Günsti-  
glicherweise verfügt die Militärverwaltung über

eine nicht unbedeutende Zahl bakteriologisch ge-  
schult Sanitätsoffiziere. Denn seit dem Jahre  
1884, als die Choleraepidemie drohte, hat das  
Kriegsministerium alljährlich in besonderen Kursen,  
die meist unter der persönlichen Leitung des  
Geh. Rates Koch an den hygienischen Instituten  
der Universität zu Berlin abgehalten wurden,  
eine bestimmte Anzahl von Militärärzten für  
derartige Untersuchungen besonders auszubilden  
lassen. Dem sich in Hamburg in den Kranken-  
häusern fühlbar machenden Mangel ist durch  
Kommandierung von Militärärzten abgeholfen.  
Auch ist es genehmigt, daß, soweit es irgend  
möglich ist, Militärärzte bei dringender Not, wenn  
sie abkömmlich sind, zur Ausübung an den Zivil-  
Cholera-Lazarethen herangezogen werden.

\* Während sich die Cholera in Ham-  
burg noch immer in beträchtlicher Ausdehnung  
hält, kommen einzelne Fälle, offenbar durch  
Einkleppung von Hamburg, auch in anderen  
Städten vor. In Berlin ist am Dienstag  
im Moabiter Stranckenhaufe der erste Fall von  
asiatischer Cholera bei einem Arbeiter, der Berlin  
nie verlassen hat, festgestellt worden. Eine von  
Hamburg zugeordnete Frau, bei der gleichfalls die  
Erkrankung an asiatischer Cholera festgestellt  
wurde, befindet sich auf dem Wege der Genesung.

\* Der deutsche Katholikentag ist,  
wie bereits erwähnt, am Montag in Mainz zu-  
sammentreten, nachdem die heftige Regierung,  
nach einigen Bedenken wegen der Cholerazeit,  
schließlich die Abhaltung erlaubt hatte. Der  
Ausgang nahm eine Resolution Ballestrin betref-  
fend die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft  
des Papstes, an; dieselbe ist mit den früheren  
Resolutionen gleichlautend. In der ersten öffent-  
lichen Versammlung waren an 3000 Personen  
anwesend. Bischof Jaffner sprach über die katho-  
lische Bewegung seit 1848 und bemerkte: Wir  
wollen den Kulturkampf vergeblich, aber nicht ver-  
gessen.

### Frankreich.

\* Seit einigen Tagen ging die Nachricht durch  
die Pariser radikalen Blätter, der französische  
Botschafter in London, Herr Dabington,  
werde abberufen werden und das gleiche Schicksal  
stehe dem englischen Botschafter in Paris, Lord  
Dufferin bevor, weil derselbe so „latifolig“  
war, Kaiser Wilhelm in Comé seine Subjungen  
darzubringen. Jetzt wird diese Meldung demontiert  
zur großen Enttäuschung derer, die das Gerücht in  
Umlauf setzten, voran der „Nitrantion“, der  
verrichtet, der Botschafter, der in London der  
Tripel-Allianz in die Hände arbeitet, stehe „bei  
Gole“ mehr als je in Gnade.

\* Die Abnahme der Geburten in  
Frankreich kreuz bekanntlich alle Pläne des  
vorliegenden neuen Heeresgesetzes. Infolgedessen  
tauchen bereits Vorschläge auf, bei Heirats-  
taxandaten mit einer einjährigen  
Dienstzeit verließ zu nehmen, wenn dieselben in  
einer abgehaltnen militärischen Prüfung gewisse  
ein- bis genigenen militärischen Ausbildungsgrades  
geben. Zugleich sollen die Heiratsstandbuden die  
Verpflichtung übernehmen, innerhalb eines ihnen  
vorgeschriebenen Zeitraums auch wirklich zu heira-  
ten, widrigenfalls sie nachziehen müssen.

### Schwiz.

\* Bei der Bundesversammlung in Bern sind nun-  
mehr 71 246 Unterschriften für das Jubiläum-  
gesetz abgegeben worden, wonach in die Bundes-  
verfassung die Bestimmungen aufgenommen werden  
soll, daß das Schicksal von Tieren ohne Ver-  
tändlung vor der Wulenzziehung ausnahmslos  
unterlagt ist. Die Bestimmung richtet sich gegen  
das Schicksal der Juden, worüber nun-  
mehr eine Volksabstimmung stattfinden muß.

\* In der Diensttag-Sitzung der interparla-  
mentarischen Friedenskonferenz wurde  
einmütig folgender Antrag des deutschen Reichs-  
tagsabg. Baumhach angenommen: Die Kon-  
ferenz ersucht die Mitglieder, in den Parlamenten,  
denen sie angehören, zu beantragen, ihre Regie-  
rungen einzuladen, durch eine internationale Kon-  
ferenz das völkerechtliche Prinzip der Unverletz-  
lichkeit des Privatigentums auf dem  
Meere in Kriegeszeiten anzuerkennen. Von  
deutschen Reichstagsabgeordneten sind außer  
Baumhach noch anwesend: Rath, Lubbeberg,  
Dünger, Dohrn, Sisch, Stecker, Mager, Bah-  
nide, Pfähler, Nider, Schenk, Speiser, Wille.  
Amerika.  
\* Aus Venezuela treffen von Tag zu  
Tag Nachrichten über die heillosen inneren Wirren  
des durch den Bürgerkrieg zerrütteten Landes  
ein, von denen die eine immer der andern wider-  
spricht. Nur so viel scheint festzustellen, daß die  
Aufständischen unter Führung Crespos man-  
haltig vorrücken. Nach der letzten Meldung  
haben dieselben die Stadt Maracaibo ein-